



ISOR schreibt an Bundeskanzlerin

Der Vorstand wandte sich mit einem Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Darin wird die Aufmerksamkeit und das Interesse an der Ankündigung der Bundesregierung, noch in der laufenden Legislaturperiode offene Fragen aus dem Einigungsprozess, insbesondere Mängel der Rentenüberleitung, prüfen und einer Klärung zuzuführen, festgestellt. Wir sehen darin einen hoffnungsvollen und begrüßenswerten Ansatz zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West und zur Beseitigung von Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten und Überführungs-lücken in der finanziellen Altersversorgung. Bei Anerkennung bisher erreichter Ergebnisse, die vor allem durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erzielt wurden, halten wir die gegenwärtige Situation, wie selbst Bundespräsident Köhler einschätzte, nach wie vor für unbefriedigend. Personengruppen, wie z. B. des mittleren medizinischen Dienstes, der wissenschaftlichen Intelligenz, der Postler, Eisenbahner und Bergleute, trifft dies besonders hart, weil sie immer noch in ihrer Altersversorgung benachteiligt werden und durch den Gesetzgeber gegebene Versprechen bei der Rentenüberleitung nicht eingehalten werden. Hinzu kommt, dass der Sozialabbau schonungslos fortgesetzt wird.

Im Brief wird darauf verwiesen, dass ISOR als Sozialverein alle Initiativen zur Beseitigung von fortbestehenden Ungerechtigkeiten, die sich aus der Überführung des Rentensystems der DDR in das der Bundesrepublik Deutschland ergeben, unterstützt. ISOR halte die dazu von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag unterbreiteten und derzeit in den Bundestagsausschüssen zu beratenden Anträge sowie die in zahlreichen Petitionen an den Bundestag erhobenen Forderungen für konstruktiv und wegweisend. Vordringlich erscheine, die vor allem im Gefolge der Inflationsrate seit Jahren anhaltende Senkung der Nettorenten zu beenden und der Gefahr wachsender Altersarmut zu begegnen.

Ausgeführt wird weiter, dass wir es als einen unerträglichen Zustand betrachten, Initiativen zur Korrektur von offenkundigen Verletzungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland fast nur noch dem Bundesverfassungsgericht zu überlassen und bei der Gestaltung der Sozialpolitik zu vernachlässigen. Dabei biete gerade die Konstellation der Großen Koalition die Möglichkeit, zu ansonsten polarisierenden und ideologisch belasteten Themen pragmatisch

einen Konsens herbeizuführen. Die willkürliche Kürzung von in der DDR erworbenen Rentenansprüchen gemäß § 6 Abs. 2 sowie § 7 des AAÜG auf maximal 1,0 Entgelpunkte sei derzeit das gravierendste Problem der Rentenüberleitung. Sie sei nicht nur ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, sondern verstöße auch gegen das im deutschen Rentenrecht seit Bismarck bestehende und nur von den Nazis durchbrochene Prinzip der Wertneutralität.

Im Brief wird auf die Unhaltbarkeit der für diese Ungerechtigkeiten angeführten Begründungen hingewiesen. Durch die Überführung aller Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die allgemeine Rentenversicherung sei von vornherein ausgeschlossen, dass höchste oder als überhöht angesehene Einkommen aus DDR-Zeiten rentenwirksam werden. Selbst die von der Volkskammer der DDR in der politisch äußerst bewegten Atmosphäre des Jahres 1990 verfügte Kürzung der Renten für ehemalige MfS-Angehörige auf 990 DM habe noch eine Höchstrente für diesen Personenkreis vorgesehen, der maximal das Doppelte der damaligen Durchschnittsrente für DDR-Bürger ausmachte. Die Einführung der Beitragsbemessungsgrenze führe zu Höchstrenten, die deutlich unter diesem Limit, etwa beim 1,8-fachen einer Durchschnittsrente, liegen.

Dem Rentenrecht werde damit die ihm wezensfremde Funktion strafrechtsähnlicher Sanktionen zugewiesen.

Ehemalige Minister der DDR, zahlreiche Wissenschaftler, Ärzte, Kriminalisten, Juristen und andere akademisch ausgebildete Kräfte würden in ihren Rentenbezügen denen eines Facharbeiters gleichgestellt. Die über dem Durchschnitt der Rentenbeiträge der DDR-Durchschnittsbürger liegenden eigenen Einzahlungen solcher Personen in die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme in Höhe von 10 % des jeweiligen Brutto-Verdienstes würden zu wesentlichen Teilen enteignet. Dieser Zustand halte nun bereits das 18. Jahr an. Gegenwärtig sei das Bundesverfassungsgericht erneut mit den Regelungen des § 6 Absatz 2 des AAÜG befasst.

Wörtlich wird ausgeführt: »In mehrjähriger mühevoller Arbeit und gegen manche Widerstände hat ISOR unangreifbare und vollständige amtliche Informationen und Dokumentationen über die Einkommensverhältnisse im MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft der DDR, zum Ministerium des Inneren und zur Nationalen Volksarmee

erschlossen und einer unabhängigen Begutachtung zugeführt. Auf dieser Grundlage werden erneut gerichtliche Auseinandersetzungen geführt. Wir sind der Meinung, dass ein Eingreifen der Politik zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten im Rentenüberleitungsgesetz längst überfällig ist.

Wir sind uns bewusst, dass die Lösung der genannten Probleme auch mit Ausgaben verbunden ist. Es liegt unseres Erachtens aber nicht vordergründig am Geld, sondern vielmehr am politischen Willen, gerechte Lösungen für alle Betroffenen zu schaffen. Bitte bedenken Sie: Ausgaben für eine gerechte Regelung bei der Altersversorgung für in der DDR benachteiligte Personengruppen, für die Beseitigung des Rentenrechts und der Versorgungsbenachteiligung sind immer Fragen der Würde und der Anerkennung der Lebensarbeitsleistung.«

Abschließend wird die uneingeschränkte Bereitschaft versichert, sachlich und konstruktiv an Lösungen für eine gerechte Alterssicherung und die Überwindung von Rentenunrecht mitzuarbeiten.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beschloss die unverzügliche Übertragung des Briefes an die Bundeskanzlerin und empfiehlt den TIG, sich mit inhaltsgleichen und ähnlichen Briefen an die Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise zu wenden.

★
Nachdem nun endlich auch die Daten der Wehrbereichsverwaltung Ost vorliegen, konnte der Vorstand in seiner Sitzung am 27.02.2008 von einem realistischen Termin für den Abschluss des sozialwissenschaftlichen Gutachtens ausgehen. Die Gutachter hoffen, spätestens bis Ende April 2008 das fertige Gutachten vorlegen zu können.

Dieser Terminverzug wurde in Kauf genommen, um Aussagekraft und Wissenschaftlichkeit des unabhängig erstellten Gutachtens weiter erhöhen zu können. Dadurch wird sich auch die Fertigstellung des angestrebten verfassungsrechtlichen Gutachtens verzögern. Ab Mai 2008 beginnt dann die neue Phase der juristischen Auseinandersetzung, bei der die von ISOR beauftragten Rechtsanwälte auf ca. 2.000

>>> Fortsetzung von Seite 1

Verfahren der verschiedenen Verfahrensstufen zurückgreifen können. Unsere Rechtsanwälte werden bei der Auswahl geeigneter Musterverfahren und der notwendigen Begrenzung ihrer Anzahl auch eine Abstimmung mit den Rentenversicherungsträgern herbeiführen, die in diesen Verfahren Prozessgegner sind. Damit soll deren berechtigtem Interesse an einer effektiven und beschleunigten Klärung der offenen Rechtsfragen entsprochen werden.



Der Vorstand verständigte sich über den Inhalt der vom Bundesverfassungsgericht angeforderten Stellungnahme zu einem Vorlagebeschluss zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 6 Abs. 2 AAÜG.

Diese Stellungnahme wird mit den ebenfalls zur Äußerung in dieser Sache aufgeforderten anderen Sozialvereinen, deren Rechtsanwälten sowie der IGA abgestimmt.

Dem diente auch eine vom OKV durchgeführte Beratung mit Juristen. Unter Leitung des

Vizepräsidenten des OKV, Rechtsanwalt Hans Bauer, nahmen die Rechtsanwälte Dr. Christoph, Dr. Hellmers und Dr. Joseph sowie Dipl.-Jur. Karl-Heinz Hypko teil. Es wurde vereinbart, solche Beratungen fortzusetzen



Auf der Grundlage seiner Arbeitsordnung beschloss der Vorstand,

> Dr. Rainer Rothe die Wahrnehmung der Funktion des Stellvertreters des Vorsitzenden für Rechtsfragen und Verfahrensfragen, für die Verbindung zum Anwaltsbüro und die Anleitung der Arbeitsgruppen Recht zu übertragen;

> Dr. Gerhard Dylla als Landesbeauftragten für Berlin einzusetzen, da Dr. Rolf Scheffel diese Aufgabe aus Gründen arbeitsmäßiger Belastung nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann. Dr. Rolf Scheffel wird Dr. Gerhard Dylla durch die Wahrnehmung von Kontakten zu Berliner Politikern weiter unterstützen;

> Manfred Volland neben seinen Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zu Freundeskreisen von ISOR und zu Einzelmitgliedern

auch die Zusammenarbeit mit Arbeitsgruppen von ehem. Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR zu übertragen.



Der Schatzmeister Peter Speck erstattete den Bericht zur Erfüllung des Haushaltplanes für das Jahr 2007 und begründete den Entwurf des Haushaltplanes für das Jahr 2008. Der Vorstand bestätigte die vorgelegten Dokumente und würdigte die qualifizierte und einsatzbereite Arbeit der im Finanzbereich und als Kassierer an der Basis tätigen Freunde. Die finanzielle Grundlage von ISOR ist trotz hoher außerplanmäßiger Ausgaben der Jahre 2007 und 2008, insbesondere im Zusammenhang mit den Gutachten, weiter gesichert.



Der Vorstand beschloss, den Versand von ISOR aktuell nicht mehr über die PIN AG, sondern wieder auf dem Postweg zu organisieren, um Verlässlichkeit und Pünktlichkeit in der Zusammenarbeit mit den TIG zu erhöhen. Damit sind höhere Kosten verbunden, die aber in Abwägung zum angestrebten Nutzen verkraftbar sind.

lerverbandes aus der Partnerstadt Koszalin. Obwohl dieser Verband nicht die Rolle eines Seniorenbeirats inne hat, führten die bisherigen Treffen zur Bereicherung der Sichten und Erfahrungen.

Der Seniorenbeirat gewann über die Jahre an Autorität und Wahrnehmung. Ständiges oder bevorzugtes Rederecht in Ausschüssen, Entgegenkommen bei der Beantragung von Gesprächen mit Vertretern der Stadtvertretung und Stadtverwaltung, außerdem die Betreuung durch die Koordinatorin für Sozialplanung und Seniorenarbeit in der Stadtverwaltung geben viel Spielraum für die Einflussnahme. Gegenwärtig kämpft der Seniorenbeirat um die Aufnahme in die Hauptsatzung der Stadt, um eine klare rechtliche Stellung und öffentliche Legitimation zu erwirken.

Als in den Vorstand gewähltes ISOR-Mitglied beschäftige ich mich besonders mit sozialen Fragen, Schwerpunkt Pflege. Unter meiner Leitung erarbeitete eine Arbeitsgruppe den bereits erwähnten Standpunkt zur Pflegebedarfsplanung. Im Auftrag des Seniorenbeirates nehme ich an den Sitzungen des Sozialausschusses, an Netzwerktreffen gegen Rechtsextremismus in Neubrandenburg und an Tagungen des Landesseniorenbeirats teil.

Wolfgang Richter



Am 23. Februar 2008 fand die Jahresversammlung der TIG Köpenick statt. Sie war durch zahlreiche und rege Teilnahme der Vereinsfreunde gekennzeichnet. Auch die Vorsitzenden der befreundeten Verbände GBM und GRH waren der Einladung gefolgt.

Prof. Dr. Horst Bischoff und Dr. Rainer Rothe informierten ausführlich über das bisher Erreich-

Aus unseren TIG



Mitarbeit im Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg

Der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg wurde im Jahre 1994 gegründet. Die TIG **Neubrandenburg** gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Seither delegierte die TIG lt. Delegierten-Schlüssel zumeist zwei Mitglieder in den Seniorenbeirat. Die Mehrzahl der Delegierten der zwölf anderen Vereine und Verbände betrachten die Mitarbeit von ISOR wohlwollend. Zurückhaltung war seltene Ausnahme. 2005 wurde ich als ISOR-Delegierter in den Vorstand gewählt.

Der Seniorenbeirat versteht sich als ein von Parteien unabhängiges, aber durchaus Partei ergreifendes, gesellschaftspolitisches Gremium. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten stehen die Interessen der älteren Generation. Zu Schwerpunktthemen erarbeitet der Seniorenbeirat Standpunkte, die schriftlich an die Stadtvertretung, z.B. Stadtpräsident oder Fraktionen, und an die Stadtverwaltung, z.B. Oberbürgermeister oder Fachbereiche, gegeben werden. Außerdem erhalten die genannten einen Jahresarbeitsbericht. Die Vorsitzenden der Trägerverbände werden analog informiert.

Nachhaltig wirkende Standpunkte setzen Kompetenz voraus. Der Seniorenbeirat stützt sich auf Informationen aus den delegierenden Verbänden. Seine Mitglieder - vorrangig aus dem Vorstand - nehmen an den Sitzungen von Ausschüssen teil, z.B. Sozialausschuss, Stadt-

entwicklungsausschuss, und halten Verbindung zu Netzwerken und Einrichtungen der offenen Altenarbeit. Nach Einschätzung des Vorstandes könnte die Wirkung des Seniorenbeirates einfach dadurch erhöht werden, indem die delegierenden Vereine und Verbände noch mehr Sachverhalte und Probleme an den Seniorenbeirat herantragen.

Aus der Vielfalt der Initiativen sind beispielhaft anzuführen: Der Seniorenbeirat lädt regelmäßig die großen Wohnungsanbieter der Stadt zu Konsultationen ein. Auf die Standortwahl eines Objektes für betreutes Wohnen wurde nachhaltig Einfluss genommen. Eine Arbeitsgruppe gestaltete ein orientierendes Faltblatt zum betreuten Wohnen. Eine weitere Arbeitsgruppe begleitete die Pflegebedarfsplanung der Stadt und erarbeitete einen umfangreichen Standpunkt. Unterstützung fanden Erhebungen des Präventionsrates. Bei Problemen, wie unbegründete Gebührenerhöhungen, wurde nachgehakt. Durch Petitionen zu Rentenfragen und zur Patientenverfügung sind auch überörtliche Probleme aufgegriffen worden. Im eigenen Interesse richtete der Seniorenbeirat eine Petition an den Landtag, um ein Landesseniorenmitwirkungsgesetz zu erwirken.

Aktuell bereitet der Seniorenbeirat Gespräche mit den drei aussichtsreichsten Bewerbern für die Oberbürgermeisterwahl vor. Ebenfalls vorbereitet wird ein Besuch eines Ruheständ-

te im juristischen Kampf gegen das Rentenstrafrecht im Kontext mit den aktuellen politischen Auseinandersetzungen gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit. Der noch vor uns liegende schwierige Weg wurde skizziert. Die Ausführungen fanden die Zustimmung der Anwesenden. Es wurde insbesondere gebeten, jenen Vereinsfreunden Dank und Anerkennung zu übermitteln, die mit anderen die erstrittenen

zahlreichen Unterlagen gesichtet und für die sozialpolitischen Gutachter aufbereitet haben.

Mehrere Freunde bekundeten ihre Meinung, dass der allgemeine Kampf um soziale Gerechtigkeit, zu dem die Herstellung der Rentengerechtigkeit Ost als fester Bestandteil gehört, von jeden Einzelnen noch intensiver unterstützt werden muss. Gute Möglichkeiten bieten dazu die vielfältigen Aktionen und Vorschläge des

OKV, der verschiedenen Sozialverbände und der Seniorenvertretungen der Gewerkschaften, wie das Schreiben von Petitionen an den Bundestag, von Briefen an Abgeordnete und politischen Entscheidungsträgern der Parteien oder die Teilnahme an Unterschriftaktionen. Wichtig sei es auch, seine Freunde, Bekannte und Verwandten zu analogen Maßnahmen zu ermuntern.

Karlheinz Wunderlich

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 93. Geburtstag

Ernst Herrmann, Bln.-Mitte
Andreas Scheib, Stralsund

Zum 92. Geburtstag

Alfred Dahl, Wildau

Zum 91. Geburtstag

Senta Blumtritt, Gera

Zum 90. Geburtstag

Walter Dornig, Streitfeld
Heinz Gütschow, Bln.-Fr'felde
Rudolf Sturm, Dresden

Zum 89. Geburtstag

Rudi Drechsel, Hohen Neuendorf
Rudolf Trinks, Bln.-Fr'hain

Zum 88. Geburtstag

Irma Aumert, Bln.-Hhsn.
Ernst Brechel, Bernau
Erich Claus, Dresden
Hildegard Eilitz, Bln.-Fr'hain
Ernst Fuchs, Rostock
Lieselotte Halemba, Frankfurt/O
Gerhard Höfer, Halle
Peter Jäger, Jena
Johannes Lohse, Bln.-Treptow
Arthur Schnabel, Lichtenstein/Erzg.
Fritz Storch, Hoyerswerda
Walter Valenta, Bln.-Fr'felde

Zum 87. Geburtstag

Fritz Ackermann, Brandenburg
Helmut Ahnert, Weißenfels
Werner Doß, Halle
Dora Gbur, Bln.-Treptow
Gerda Grube, Bln.-Köpenick
Lucie Lehmann, Radebeul
Lieselotte Maletzki, Bln.-Fr'felde
Fritz Renckwitz, Bln.-Hhsn.
Werner Reuter, Aschersleben
Erich Zwicker, Rostock

Zum 86. Geburtstag

Josef Bobek, Bln.-Fr'felde
Egon Franz, Bln.-Fr'felde
Heinz Gräfe, Bln.-Mitte
Gerhard Joseph, Bln.-Pankow
Hans Müller, Dresden
Karl-Heinz Ottiger, Plauen
Irmgard Perl, Jena
Marie Pilz, Chemnitz
Anna Ruhle, Schwerin

Luise Simon, Halle
Alfred Winzer, Magdeburg

Zum 85. Geburtstag

Werner Adamski, Erkner
Otto Gärtner, Zeitz
Alwin Hirschmann, Quedlinburg
Hilde Höfer, Hildburghausen
Harry Hoffmann, Zella-Mehlis
Alfred Kaffka, Rostock
Josef Lendeckel, Leinefelde
Werner Mickel, Dresden
Gisela Pönitzsch, Magdeburg
Siegfried Rösler, Spremberg
Fritz Rödel, Weißenfels
Georg Schulze, Pdm.-Schlaatz
Erwin Sudy, Bln.-Fr'felde
Irmgard Stockhaus, Bln.-Fr'felde
Herbert Stüwe, Frankfurt/O
Günther Wolf, Chemnitz

Zum 80. Geburtstag

Siegfried Arndt, Pdm.-Drewitz
Kurt Bärwinkel, Stralsund
Walter Berger, Bln.-Fr'felde
Willy Böhme, Bln.-Treptow
Brigitte Brode, Bln.-Köpenick
Horst Conrad, Leipzig
Erika Dieball, Frankfurt/O
Ingeborg Eismann, Bernau
Werner Fabich, Bautzen
Werner Fesel, Wismar
Günter Feirich, Bln.-Mitte
Werner Fiebig, Langenauendorf
Erich Finke, Bln.-Marzahn
Berthold Freye, Bln.-Li'berg
Max Fritsch, Neubrandenburg
Gerhard Fritzsche, Dresden
Günter Geßner, Leipzig
Rudi Grosch, Bln.-Li'berg
Ernst Günther, Bergen
Siegfried Häußler, Bln.-Marzahn
Josefa Hammer, Bln.-Hellersdorf
Horst Hennig, Löbau
Sonja Hütting, Meiningen
Günter Hugler, Oranienburg
Werner Ittershagen, Nordhausen
Heinz Jung, Eisleben
Edgar Kalb, Magdeburg
Harry Kalsow, Lübben
Manfred Kinder, Chemnitz

Heinz Kirschke, Golzow
Danuta Klug, Freiberg

Zum 75. Geburtstag

Ingeborg Konieczny, Bln.-Köpenick
Alfred Kriese, Güstrow
Hans Krüger, Bln.-Treptow
Ingeborg Kwast, Frankfurt/O
Heinz Liebsch, Niesky
Alfred Lukow, Bln.-Fr'hain
Herbert Magdeburg, Halle
Hans Mende, Rostock
Fritz Michalek, Lichtenow
Harry Motz, Bln.-Fr'felde
Lieselotte Müller, Bln.-Karlsorst
Ilse Nitzsche, Chemnitz
Alfred Pilz, Bln.-Hellersdorf
Fritz Rahnsch, Bln.-Weißensee
Gerhard Rausch, Weilar
Margot Scharlach, Halle
Erhard Schliesch, Dresden
Bernhard Schmidt, Bln.-Fr'hain
Heinz Schmidt, Pdm./Waldstadt
Horst Schmuhl, Bln.-Treptow
Werner Schulz, Oelsnitz
Henry Schumann, Gera
Hans Seifert, Suhl
Margarete Skaper, Erfurt
Gertraud Skibba, Bln.-Li'berg
Irmgard Stiller, Osterburg
Rolf Stock, Bln.-Li'berg
Gerda Striegler, Chemnitz
Heinz Urbanski, Görlitz
Franz Vanerka, Güstrow

Joachim Fritsch, Frankfurt/O

Günter Fritzlar, Plauen

Werner Fuchner, Bernau

Thea Fuchs, Bln.-Li'berg

Sonja Gerl, Pdm.-Stern

Walter Grießer, Auerbach

Joachim Grumpe,

Dahlwitz-Hoppegarten

Günter Hähn, Frankfurt/O

Sonja Hering, Bln.-Li'berg

Gerhard Herzog, Leipzig

Werner Hesse, Dresden

Hans-Dieter Hölzel, Bln.-Prenzl.Bg.

Ursula Hofmann, Bln.-Fr'felde

Hans-Peter Hoppe, Bln.-Weißensee

Rolf Ibleib, Chemnitz

Fritz Kaiser, Chemnitz

Walter Kappardt, Bad Salzungen

Günter Kirsten, Dresden

Hans Krüger, Stralsund

Brigitta Lang, Crosta

Günter Lange, Rostock

Peter Lindig, Bad Saarow

Manfred Lüdtke, Schwerin

Horst Malchow, Bln.-Fr'hain

Horst Meyer, Chemnitz

Renate Moritz, Bützow

Hanno Nachreiner, Hildburghausen

Karl Oettel, Bln.-Hellersdorf

Gerhard Ott, Putbus

Helmar Pfüller, Gornsdorf

Karl-Heinz Probst, Stralsund

Margit Prösgen, Halle

Anita Riedel, Bln.-Treptow

Helga Rudolph, Dresden

Lutz Scheithauer, Bln.-Prenzl.Bg.

Werner Schober, Bln.-Treptow

Karl-Heinz Schörnick, Bln.-Hhsn.

Günter Schurz, Dresden

Eugen Sommer, Oelsnitz

Fritz Tragsdorf, Hoyerswerda

Rainer Vogel, Zeitz

Lothar Vohs, Harzgerode

Manfred Volland, Strausberg

Günter Walther, Frankfurt/O

Dietmar Werner, Bln.-Prenzl.Bg.

Rolf Wilsdorf, Bln.-Fr'felde

Gerhard Wirsching, Suhl

Elfriede Wollny, Bln.-Pankow

Rosel Wruck, Ferch

Brigitte Wunderlich, Görlitz

Aus der Postmappe:

In **ISOR aktuell** 1/2008 berichtete ich von meinem Schreiben an die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Schewe-Gerigk bezüglich der von ihr deklarierten »Zusatzrente« und »satten« Alterseinkommen für einstige Mitarbeiter des Mfs. Nach nur einer(!) Erinnerung erhielt ich nach sechs Wochen ein fünf Sätze umfassendes Antwortschreiben, welches aber keine Antwort auf meine gestellten Fragen gab. Anderen Mitstreitern, die sie ebenfalls angeschrieben hatten, soll es ebenso ergangen sein. Verständlicherweise sah ich mich veranlasst, ihr ein weiteres Mal zu schreiben. Da sie mich wissen ließ, »... dass sie als frei gewählte Abgeordnete Gebrauch davon mache, Sachverhalte politisch zu bewerten ...«, mir jedoch eine konkrete Antwort vorenthielt, musste ich ihr mitteilen, dass mir auch bekannt ist, dass sie in dieser Wahlfunktion Vertreter des ganzen Volkes sei, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Ergo stellte ich ihr die Frage nach dem Verhältnis zur Wahrheit, wenn von ihr Sachverhalte (gewissenhaft) politisch bewertet werden; am 14.12. war es offenbar gestört, setzte ich ergänzend hinzu. Mit meinem eigenen »satten« Alterseinkommen nunmehr bekannt gemacht, bat ich sie ein zweites Mal um eine Antwort auf meine konkret und korrekt gestellten Fragen. Warten wir es ab, was nun folgen wird.

Helmut Holpert, Mitglied des Beirates

Anmerkung der Redaktion:

Frau Schewe-Gerigk ist parlamentarische Geschäftsführerin sowie frauen- und rentenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Sie ist Mitglied des Ältestenrates.

Von Mitglied zu Mitglied:

Die TIG **Stralsund** wendet sich mit folgendem Anliegen an die ISOR-Mitglieder:

Wir haben uns in Zeitungsartikeln öffentlich zur vorgesehenen Schließung des Marinemuseums auf dem Dänholm geäußert. Diese war auf Grund der beabsichtigten Streichung der bisherigen Mittel von 75.000 EURO geschuldet. Nach Pro-

testen musste dieses Vorhaben durch die Stadtverwaltung aufgegeben werden. Wir rufen alle Mitglieder in der Hansestadt Stralsund und im gesamten Bundesgebiet auf: Kommt in die Hansestadt Stralsund und besucht das Marinemuseum auf dem Dänholm, um dieses dauerhaft zu erhalten. Mit dem Eintritt leistet jeder eine Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit und hilft, die Stadtäter und Kommunalpolitiker daran zu erinnern, die Hansestadt besteht nicht nur aus Backsteingotik. Die Geschichte und das Heute hat in der Hansestadt mehr zu zeigen.

**Hotelpension in Hähnichen/Oberlausitz**

Zi/FeWo 7Ü/HP 210 €; 10 % abzgl. für ISOR-Mitglieder; Viel Ruhe, Ausflugsmöglichkeiten, familiäre Atmosphäre. Tel.: 03 58 94 30470
Internet: www.pensionweiser.de



FeWo in Schierke/Harz am Fuße des Brockens, bis 3 Personen ab 32 € (H.J. Nicklaus)
Tel. Nachfrage unter 039455 - 217



Komfort-FeWo/-Zi. ****, Prospekt anf.
Schleusingen/Thür. Tel: 036841 47598
Internet: www.ratschererhoehe.de

Internetinformation:

Unser Freund Heini Koch aus Mihla übermittelte uns folgende Information:

Der Renten-Service der Deutschen Post AG und die Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V. (VLH) bieten einen kostenlosen Steuercheck für Rentnerinnen und Rentner über das Internet an. Damit können Ruheständler ermitteln, ob sie zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind. Zugriff über: www.isor-sozialverein.de/Hilfen
Steuercheck für Rentner; bzw. direkt: www.rentenservice.com

Auf dem Büchermarkt:

»Vom angeblichen Antisemitismus der DDR«
Von Detlef Joseph. Eine Auseinandersetzung mit der in der BRD kursierenden Wanderausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben.«
Kai Homilius Verlag, Berlin 2008, 7,50 €
ISBN 978-3-89706-401-0

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.02.2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.03.2008

Einstellung im Internet: 04.04.2008

Auslieferung: 09.04.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



KLAUS-DIETER BAUMGARTEN, Zeuthen
ALFRED BECK, Marienwerder
HEINZ BENDIG, Schwerin
HORST BENTHKE, Merseburg
LOTHAR BITTERLICH, Dresden
HEINZ BLAU, Zeitz
URSULA BORCHARDT, Pdm.-West
FRANZ BORYS, Cottbus
SIEGFRIED BURMEISTER, Rostock
GÜNTER DAHLMANN, Bln.-Hhsn.
GERHARD ECKERT, Bln.-Mitte
MANFRED ERLER, Bln.-Li'berg
WILFRIED GRIESCHE, Wandsbek
MANFRED HAVENSTEIN, Wismar
HORST HECHT, Bln.-Treptow
GERHARD HEER, Meiningen
ALBERT KOCH, Bln.-Fr'felde
MARIECHEN KUTSCHERA, Kremmen
WERNER LASKE, Dahlwitz-Hoppegarten
KARL LIEBERT, Wittenberg
HELENE MÜLLER, Berlin und Dresden
GERHARD NEIBER, Bln.-Hhsn.
RUDOLF NITSCHE, Bln.-Li'berg
EDITH OTTO, Leinefelde
DIETER PHILIPP, Dobbrikow
WOLFGANG RECHOW, Basdorf
ROLF REINICKE, Halle-Neustadt
WERNER SCHIRMER, Erfurt
DIETER SCHRAMM, Bln.-Marzahn
RUDI SCHÜRER, Annaberg-Buchholz
HEINZ SCHUSTER, Lübben
HEINZ ULRICH, Bln.-Fr'felde
SELMA VODEL, Aue/Schwarzenberg
SIEGFRIED WEBER, Bln.-Treptow
WERNER ZAHR, Bln.-Fr'hain
HANS ZIEMANN, Stralsund
WILHELM ZINKE, Gotha

Ehre ihrem Andenken**»Guten Tag, Passkontrolle der DDR«**

Von Hans-Dieter Behrendt. Das Sachbuch befasst sich mit der historischen Entwicklung und der Tätigkeit des Arbeitsbereiches Passkontrolle innerhalb des Systems der Grenzsicherung der DDR. GNN Verlag, 04435 Schkeuditz, 17 €
ISBN 978-89819-243-9